

Kurzinformationen

zusammengestellt von Thomas Stukenberg und Ahmed Fazl

Neuerlicher Korruptionsvorwurf gegen Ershad

Der frühere Präsident und Vorsitzende der 'Jatiyo Partei', Ershad, sieht einer weiteren Anklage wegen Korruption entgegen. In diesem neuen Fall geht es um 8,2 Millionen Taka (ca. 330.000 DM), die auf Anweisungen Ershads vom Finanzministerium in ein später von der Ershad Partei genutztes Haus investiert wurden, u.a. um eine luxuriöse Renovierung vorzunehmen.

Wirtschaft stabiler als je zuvor

Der von der Bangladesh Bank herausgegebene Jahresbericht 1992/93 hebt die beispiellose ökonomische Stabilität hervor, die Bangladesh im Zuge der Implementation der "Enhanced Structural Adjustment Facility" (ESAF) und anderer Strukturanpassungsprogramme gegenwärtig erfährt, und glaubt an eine weitere Konsolidierung und Stärkung dieses Trends durch die Einführung weiterer Reformprogramme. Hierzu seien jedoch auch außerwirtschaftliche Faktoren wie ein demokratischer Konsens und politisches Engagement auf nationaler Ebene vonnöten. Mit Blick auf den aktuellen Finanzhaushalt (1993/94) heißt es, daß sowohl der Import als auch der Export sowie die öffentlichen Einnahmen sich während des ersten Viertels (Juli-September '93) vergrößert haben. Verwaltung und wirtschaftliches Management haben sich, so der Bericht, qualitativ verbessert. Es fehlt den Investitionen jedoch noch an Dynamik, die durch eine veränderte unternehmerische Mentalität sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich ermöglicht werden kann. Man erwartet eine zufriedenstellende Getreideproduktion, weist jedoch auch auf den Umstand hin, daß viele Bauern in den vergangenen beiden Jahren nicht ihre Produktionskosten decken konnten. Angemessene Kredite und faire Preise sind nach Meinung der Bank wünschenswert und notwendig. Weiter heißt es, daß das nach wie vor niedrige Einkommenslevel der ländlichen Haushalte eine größere Nachfrage

industrieller Güter verhindert. Das wirtschaftliche Wachstum stieg weiter, die Inflationsrate sank auf 1,3 Prozent. Positiv wird auch der Tatbestand hervorgehoben, daß Bangladesh im Finanzjahr 1992/93 zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit in der Lage war, 25 Prozent des Entwicklungshaushaltes selbst zu tragen. Der Anteil der Investitionen am BIP sind von 12,1 Prozent auf 12,7 Prozent angestiegen, wobei 66 Prozent vom privaten Sektor stammen. Die Devisenreserven stiegen ebenfalls an und belaufen sich auf 2,121 Milliarden US-Dollar. Dies entspricht den Importausgaben für ein halbes Jahr (Stand: 30.06.1993).

Amnesty International besorgt über dörfliche Selbstjustiz

In den letzten zwei Jahren mehren sich Berichte aus Bangladesh von dörflicher Selbstjustiz. Die Dorfräte - 'salishs' - handeln ohne offizielle Autorisierung und haben schon Menschen zu drakonischen Strafen wie Auspeitschen oder sogar zum Tode verurteilt. Ursprünglich geht der 'salish' auf traditionelle Konfliktlösungsmodelle durch Vermittlung zurück. Es war ein von den Dorfältesten geleitetes Streitschlichtungsverfahren bei Eigentums-, Familien- oder Erbschaftsangelegenheiten. Heute ist 'salish' umstritten: Während die Befürworter in den inoffiziellen Schiedsgerichtsverfahren eine schnelle, preiswerte und der Dorfbewölkerung zugängliche Alternative zu den langsamen, teuren und oft korrupten offiziellen Gerichten sehen, kritisieren vor allem Frauen und Menschenrechtsgruppen, daß die meist von Konservativen geleiteten 'salishs' nur die bestehende restriktive Sozialordnung weiter festigen. 1976 und 1979 wurden Schiedsgerichtsverfahren mit eingeschränkten Befugnissen gesetzlich legitimiert. Laut Gesetz dürfen diese 'Village Courts' in kleineren Strafverfahren oder Streitfällen die Zahlung von Entschädigungen bis zu 5.000 Taka (etwa 200 DM) verfügen.

Die 'salishs' dagegen haben keinerlei gesetzliche Legitimierung. In den meisten Fällen, in denen

'salishs' Urteile ausgesprochen haben, die auch vollstreckt wurden, entsprachen diese Urteile islamischem Rechtsverständnis und verstießen damit gegen das im Strafgesetzbuch von Bangladesh festgelegte Zivilstrafrecht. Nach der Verfassung ist der Oberste Gerichtshof verpflichtet, gegen diese Formen von Rechtsbeugung kontrollierend oder intervenierend einzuschreiten. Im April 1992 verurteilte ein 'salish' ein 14-jähriges Mädchen, das nach einer Vergewaltigung schwanger wurde, sowie ihre Mutter, zu jeweils 100 Peitschenhieben. Nach islamischem Recht konnte die Vergewaltigung nicht nachgewiesen werden, denn dafür müssen vier erwachsene Männer als Zeugen aufgebracht werden. Im September 1993 starb ein 16-jähriges Mädchen nach der Vollstreckung von 101 Peitschenhieben, die ein 'salish' gegen die Frau wegen "Unzucht" mit einem jungen Hindu verhängt hatte. Die Dorfältesten und eine Menschenrechtsgruppe, die den Fall untersuchten, stellten fest, die Frau habe Selbstmord begangen. Ein daraufhin eingeleitetes Verfahren gegen die Beteiligten an dem 'salish' ist noch nicht entschieden.

Von Januar 1993 wird der Fall eines jungen Paares berichtet, die von einem 'salish' zum Tode durch Steinigen verurteilt wurden, weil die Frau - nach islamischem Recht unerlaubterweise - nach einer Scheidung wieder heiratete. Unmittelbar nach dem Urteilspruch mußte sich die Frau hinlegen und wurde von Dorfbewohnern mit Steinen beworfen. Wenige Stunden später war sie tot. Die Eltern, die wegen ihrer unislamischen Erziehung zu jeweils 50 Peitschenhieben verurteilt wurden, mußten aussagen, ihre Tochter habe Selbstmord begangen. Der Mann, der ebenfalls gesteinigt wurde, überlebte diesen Mordversuch. Der Ausgang des Verfahrens gegen die Mitglieder des 'salish' ist noch offen. Eine andere Frau wurde im Mai 1993 zum Tode durch Verbrennen verurteilt. Das Urteil wurde vollstreckt.

Dies ist nur ein kleiner Auszug aus vielen Fällen, in denen nicht zufällig vor allem Frauen Opfer von

'salish'-Urteilen wurden. Amnesty International weist darauf hin, daß die 'salishs' jeglicher Rechtsgrundlage widersprechen und hat die Regierung von Bangladesh mehrfach aufgefordert, einzuschreiten und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen sowie eine unabhängige Untersuchungskommission einzusetzen.

Gewaltige Umweltprobleme

Der Außenminister Bangladeshs, Mostafizur Rahman, nutzte den am 11. Januar stattfindenden Botschafterempfang in Dhaka, um auf die besorgniserregenden Umweltprobleme Bangladeshs aufmerksam zu machen. Nach seinem Dafürhalten sind nur einige dieser Probleme 'hausgemacht' und durch Bangladesh allein zu lösen, die großen Verwüstungs- und Degradationsphänomene im Westen Bangladeshs seien indes vor allem durch die einseitige Nutzbarmachung international geteilter Wasserressourcen durch Indien verursacht worden. Rahman lud die Botschafter zu einem Besuch der aus dem ökologischen Gleichgewicht geratenden Region ein.

Neues Farakka?

20 Jahre nach Fertigstellung des Farakka-Stauwehrs mit erheblichen negativen ökologischen Konsequenzen für den Norden und Nordwesten Bangladeshs (siehe auch 'Südasiens', 4/93f) droht dieser Region die Beschleunigung des Ökozids und den indisch-bangladeshschen Beziehungen ein neuerlicher Tiefpunkt. Nachdem Japan finanzielle Hilfe zugesichert hat, steht der Implementierung des von Indien und Nepal geplanten Koshi Projekts wohl nichts mehr entgegen. Der Koshi ist der wasserreichste Ganges-Zufluß und wird wiederum von sieben nepalesischen Flüssen gespeist. Die beiden Regierungen planen den Bau von 13 Dämmen, welche die Einrichtung von Wasserkraftwerken ermöglichen sollen. Des weiteren erhofft man sich Impulse für die Fischwirtschaft sowie Bewässerungslandwirtschaft. Verlierer ist - wieder einmal - Bangladesh, das ausschließlich die katastrophalen Auswirkungen auf die Umwelt zu spüren bekommt. Vor allem in Trockenzeiten wird der Ganges (in Bangladesh: Padma) noch weniger Wasser stromabwärts nach Bangladesh führen, werden noch größere Teile Versteppungs-

und Verwüstungserscheinungen zeigen. Der Grundwasserspiegel wird weiter sinken, der Boden versalzen. Wertvolle Anbauflächen gehen einem Land verloren, dessen Bevölkerung weiterhin um ca. 2,4 Prozent pro Jahr zunimmt. Die Reaktion von politischer Seite ist nicht ausgeblieben. Bangladesh wehrt sich nach Kräften, die - so das gnadenlose Verdikt - schwach sind. Protestnoten wurden an die indische und nepalesische Regierung gesandt. Der Donar, Japan, wurde auf die nachteiligen Effekte für Bangladesh aufmerksam gemacht. Doch zeigt das Beispiel 'Farakka' wie wenig Indien, aber auch internationale Foren auf die Ängste Bangladeshs eingehen.

Umweltflüchtlinge aus den Chittagong Hill Tracts

Seit dem 16. Jahrhundert sind die Chittagong Hill Tracts (CHT) im Südosten von Bangladesh die Heimat von mongolischen Ureinwohnern und seit den 60-er Jahren dieses Jahrhunderts sind die Bewohner der CHT Umweltflüchtlinge: Opfer eines in dieser Zeit gebauten riesigen Wasserkraftwerks, das schon zur Überschwemmung von vierzig Prozent der dortigen Reisfelder und zur Verteilung von einem Sechstel der eingeborenen Bevölkerung geführt hat. Bis zu 40.000 Umweltflüchtlinge leben heute in Indien in Flüchtlingslagern.

Im Zuge der "Grünen Revolution" wurde 1963 das 'Karnaphuli Multipurpose Project' mit US-Mitteln fertiggestellt. Die Bewohner der CHT sind niemals zu dem Projekt befragt, geschweige denn entschädigt worden. Seit fünfzehn Jahren kämpfen Aufständische nun schon gegen die Regierungstruppen, mit dem Ziel, Autonomie für die CHT zu erreichen, ein Gebiet von einem Zehntel der Fläche Bangladeshs. Seit kurzem werden nun Friedensverhandlungen zwischen den aufständischen Chakmas und der Regierung geführt, die allerdings durch die Folgen des 'Karnaphuli'-Projektes erschwert werden dürften: Etwa siebzig Prozent der durch das Projekt Vertriebenen sind Chakmas, Entschädigungen werden, wenn überhaupt, nur sehr unzureichend gewährt. Am schwersten wiegen die negativen Auswirkungen auf die Landwirtschaft: Der zum Projekt gehörende 'Kaptai'-Damm hat große Flächen des besten Ackerlandes überschwemmt und unbrauchbar gemacht. In der Folge nimmt

der Druck der wachsenden Bevölkerung auf das noch für die Landwirtschaft zur Verfügung stehende Land so sehr zu, daß die Anbauperioden wesentlich verkürzt werden müssen. Während vor Fertigstellung des 'Karnaphuli' Projektes im Brandrodungsfeldbau (jhum) Zyklen von sieben bis zehn oder sogar bis zu 25 Jahren vorherrschten, hat sich der Zyklus inzwischen auf drei bis fünf Jahre verkürzt. Eine rapide Auslaugung und Erosion der Böden ist die Folge. Die 'Parbatiya Chittagong Jana Sanghati Samiti' (PCJSS), der politische Arm der CHT-Befreiungsbewegung, lehnt den in dieser Frequenz ökologisch bedenklichen Brandrodungsfeldbau inzwischen ab, während er in den vom Militär kontrollierten Gebieten weiterhin betrieben wird.

Während vor allem die älteren Chakmas das 'Karnaphuli'-Projekt und besonders den 'Kaptai'-Damm als ihre Kultur gefährdend ablehnen, fordern jüngere Vertreter der Volksgruppe, auch die durch das Projekt gegebenen Entwicklungschancen für die Region zu sehen. So scheint sich der Streit um das Projekt auch in einem Generationenkonflikt zu äußern.

Rahman informierte die Botschafter darüber hinaus über den bisherigen Stand der Ermittlung im Falle der zu Tode gekommenen 12 Chakmas in Nanirchar (Rangamati-Distrikt). Zwar läge der Schlußbericht der Untersuchungskommission noch nicht vor, doch könne mit einiger Sicherheit gesagt werden, daß kein Fremdverschulden vorläge. Einige der rebellierenden Chakmas seien bei ihrer Flucht vor Sicherheitskräften ertrunken.

Geldstrafen für Exporteure giftigen Düngers nach Bangladesh

Zwei US-amerikanische Unternehmen wurden vor einem amerikanischen Gericht zu einer Geldstrafe in Höhe von einer Million Dollar verurteilt, weil sie blei- und kadmiumhaltigen Kunstdünger nach Bangladesh exportiert haben. Das 'Gaston Copper Recycling' Unternehmen sowie ein Angestellter des 'Southwire' Unternehmens hatten 1.000 Tonnen giftigen Staub an das 'Stoller' Chemieunternehmen geliefert, welches im Verbund mit anderen Materialien Kunstdünger daraus produzierte und nach Bangladesh brachte. Die Lieferanten des Düngers machen sich nun Gedanken wie und wo sie die noch in bangladeshschen Warenhäusern

gelagerten mehr als 2.000 Tonnen Giftdünger - zwei Drittel der 1991 gelieferten Menge - beseitigen können.

Warten auf SAPTA

Der Ministerrat der südasiatischen Vereinigung für regionale Zusammenarbeit (SAARC) hat auf einem kürzlich in Dhaka stattgefundenen Treffen die Implementierung des südasiatischen präferentiellen Handelsabkommens (SAPTA) beschlossen. Wann dieses Abkommen mit Zielsetzung "Handelsliberalisierung durch Reduktion bzw. Abschaffung von Zöllen" aus den Startlöchern kommt, hängt derzeit von der pakistanischen Regierung ab. Durch die Ablösung des früheren Premierministers Nawaz Sharif durch Benazir Bhutto im Gefolge der pakistanischen Wahlen ist der Liberalisierungsprozeß ins Stocken geraten. Jedes der sieben SAARC-Mitgliedsländer ist aufgefordert, eine Liste von Exportgütern sowie in den Genuß von Zollerleichterungen kommende Importwaren vorzulegen; eine Forderung, der Pakistan bislang nicht nachgekommen ist. Bangladesh erhofft sich von SAPTA eine Verbesserung seiner Handelsbilanz insbesondere im Verhältnis zu Indien.

Feministische Autorin erregt Zorn islamischer Fundamentalisten

Parallelen zum "Fall" Salman Rushdie liegen auf der Hand: Zwar hat die 31-jährige Autorin Taslima Nasreen noch keine Popularität außerhalb von Bangladesh erlangt, doch einen Mordaufruf einer islamisch-fundamentalistischen Gruppe gegen sie gibt es schon (siehe auch 'Südasiens', 8/93). Am 23. September setzten die 'Soldaten des Islam', eine obskure Gruppe aus der Stadt Sylhet im Nordosten von Bangladesh, ein Kopfgeld von 1250 US-Dollar auf Frau Nasreen aus, verbunden mit der Forderung an die Regierung, sie zu verhaften und

hinzurichten. Der Einfluß von Gruppen wie den 'Soldaten des Islam' ist im armen und als rückständig geltenden Nordosten von Bangladesh besonders groß. Da der Islam Staatsreligion ist, dürfte der Aufruhr aber im ganzen Land Folgen haben, zumal sich die Regierung zur gleichen Zeit noch mit den gewalttätigen Ausschreitungen von fundamentalistischen Studenten im ganzen Lande auseinandersetzen muß. Seit es im September bei von islamischen Studentenkadern angezettelten Unruhen auch zu Todesfällen gekommen ist, werden im Parlament Stimmen lauter, die ein Verbot der 'Jamaat-e-Islami' sowie jeglicher auf Religion basierender Politik fordern.

In dem aktuellen Fall geht es um den jüngsten Roman von Taslima Nasreen mit dem Titel "Schande", in dem sie Vergewaltigungen von Moslems an Hindu-Frauen nach der Zerstörung der Moschee von Ayodhya anprangert. Konservativen Islamisten ist die Ärztin Nasreen schon länger ein Dorn im Auge, denn in ihren bisher veröffentlichten Gedichtbänden und Romanen greift sie besonders männlich-islamischen Chauvinismus und die Verweigerung von Frauenrechten im Islam an.

"Schande" wurde zwei Monate nach dem ersten Erscheinen im Februar 1993 in Bangladesh auf Druck konservativer Moslems verboten, jedoch im indischen West Bengalen in verschiedenen Raubdrucken veröffentlicht. Sympathisanten der hinduistischen 'Bharatiya Janatha Party' (BJP) waren die ersten, die das Buch in Indien wieder veröffentlichten, Taslima Nasreen bestreitet aber jegliche Verbindung mit den Ereignissen in Indien.

Kritiker in Bangladesh bescheinigen ihr einen "kraftvollen", aber "ziemlich impulsiven" oder "unreifen" Stil, die Frauenrechts-Aktivistin Baby Moudud hält sie für "besessen", und Nasreen selbst räumt ein, sie sei Extremistin, jedoch nicht männerfeindlich: "Ich

wende mich nur gegen ein System, das den Männern beibringt, Frauen zu verachten und wie Waren zu behandeln."

Vor dem obersten Verwaltungsgericht in Dhaka haben Nasreens Anwälte erfolgreich um Schutz ihrer Mandantin vor islamistischen Verfolgungen ersucht, und die Regierung hat - spät genug, wie ihr vorgeworfen wird - eine Untersuchung der Aktivitäten der 'Soldaten des Islam' verfügt.

Inseln für Touristen

Bangladesh will einige Inseln im Golf von Bengalen vollständig für ausländische Touristen reservieren. Wie das Ministerium für Fremdenverkehr und Luftfahrt mitteilte, soll die sieben Kilometer vom Festland entfernte Insel Sonadia zum ersten Ferienzentrum des Landes ausgebaut werden, dessen Hotels und Bars nur ausländische Besucher betreten dürften. Investoren aus den Golfstaaten, den USA und Indien wollten sich am Aufbau einer Tourismusindustrie in Bangladesh beteiligen. Wer für Sonadia den Zuschlag erhalte, sei noch nicht entschieden. Bangladesh sichert ausländischen Hotelunternehmen Steuererleichterungen, Vorteile bei der Grundstücksvergabe und unbeschränkten Gewinntransfer ins Ausland zu. Mit Unterstützung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) und der Internationalen Tourismusorganisation wird ein Gesamtplan zum Aufbau einer Infrastruktur für den Fremdenverkehr erarbeitet. Dafür stehen 160 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Seine einzigartigen Mangrovenwälder und andere bedeutende Sehenswürdigkeiten könnten Bangladesh nach Ansicht von Tourismusexperten zu einem attraktiven Reiseziel für Luxusurlauber aus Europa, den USA und südostasiatischen Schwellenländern machen.

Ethnologie und Tourismus

Tourismus ist weltweit der wesentliche Faktor der Kulturenbegegnung. Die deutschsprachige Ethnologie hat sich zu diesem Phänomen und seinen Bedeutungen in nur sehr bescheidenem Maße geäußert. Die Tagung 'Ethnologie und Tourismus' soll die vorhandenen Kapazitäten bündeln und die Diskussion beleben. Weiterhin soll die Tagung eine Plattform schaffen, auf deren Grundlage ein permanentes Netzwerk entstehen kann. Tagungsort: Göttingen. Zeit: 6.-8. Mai 1994. Weitere Auskünfte über: AIW, Institut für Völkerkunde, Ethnologie und Tourismus, Theaterplatz 15, 37073 Göttingen, 0551-397892.